

Arbeiterstimme

Einzelnur 10 Pfennig



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich, drei Monate 2,50 M., halbjährlich 1,25 M., durch die Post bezogen monatlich 2,70 M. (ohne Anfertigungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 16 690. Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-U., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Zweizeiligen-Anzeige wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Druckkosten besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 5. Januar 1929

Nummer 4

Mieterhöhung um 8 Prozent!

Ein neuer Schandplan der Koalition

Berlin, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Auf die Mieter wird eine neue Attacke vorbereitet. Die Täter dieser neuen Mieterhöhung sind der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder, der preussische Justizminister Schmidt und der Reichsjustizminister Dr. Koch, Weiser.

Im Reichsjustizministerium wird gegenwärtig ein Gesetz über die Verschiebung der Fälligkeitstermine der Aufwertungshypotheken vorbereitet, die 1932 zurückgezahlt werden sollen. Gleichzeitig mit der Hinanschiebung der Fälligkeitstermine soll eine Aufbesserung des Aufwertungs-

zinsfußes zugunsten der Hypothekengläubiger erfolgen. Um das zu decken, soll die Mietmiete um weitere 5 bis 8 Prozent erhöht werden.

Man mutet den Mietern also zu, wieder eine neue Steigerung der schon reichlich hohen Mieten zu tragen. Wahrscheinlich rechnet man damit, daß sie die neue Mehrbelastung ebenso geduldig tragen werden wie bei den letzten Mieterhöhungen. Diesmal aber muß in den Massen ein Proteststurm der proletarischen Mieter gegen den neuen Anschlag einsehen. Der „Wohlfahrts“-minister Hirtfelder und seine Preußenregierung müssen die verdiente Antwort bekommen.

Die Verbindlichkeitsklärung eines solchen Schiedsspruches wäre unerblicklich mit dem Recht der Staatsbürger, unerblicklich mit den primitivsten Grundgesetzen der Menschlichkeit und den wohlverstandenen Interessen der Gesellschaft. Keine Körperlichkeit des Staates oder ihre Vertretung darf die Staatshoheit einsehen, um eine Bevölkerungsschicht wie die ostfälischen Textilarbeiter zu zwingen, zu Lohnlähnen Arbeit zu leisten, die sich zum Teil noch unter den Sähen der öffentlichen Wohlfahrtsunterstützung bewegen.

Die Verbindlichkeitsklärung eines solchen Schiedsspruches würde die bereits sichtbaren und erschreckenden Degenerationserscheinungen der betroffenen Arbeiterschicht noch weiter fördern und dadurch zu einer Gefahr für die ganze Gesellschaft gestalten und einem energielosen, kurzfristigen, nur auf Profit bedachten Unternehmertum Hilfeleistung gewähren.

Weiter wurde beschlossen, eine größere Delegation nach Berlin zum Reichsarbeitsminister zu entsenden, um ihm persönlich die Sachlage vorzutragen.

Der ostfälische Textilschiedsspruch für verbindlich erklärt!

Berlin, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Reichsarbeitsminister Wiffell hat heute drei weitere Schiedssprüche für verbindlich erklärt. Es handelt sich um den Schiedsspruch vom 20. November in der Münsterländischen Textilindustrie, vom 30. November in der Bielefelder Textilindustrie und vom 6. Dezember in der ostfälischen Textilindustrie. Von den Lohnansprüchen in diesen Gebieten der Textilindustrie waren fast 400 000 Textilarbeiter betroffen. In der Begründung für die Verbindlichkeitsklärungen gibt Wiffell selber an, daß die in den Schiedssprüchen gewährten Lohnsteigerungen nur einem kleinen Teil der Arbeiterschicht zugute kommen und daher für die Unternehmer tragbar wären. Ein so unzulässiges Eingeständnis, daß Wiffells Schlichtungsdiplomatie den Interessen der Arbeiter abträglich ist und den Unternehmerinteressen dient, ist bisher noch nicht abgegeben worden.

Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister hat in den letzten Wochen alle Lohnbewegungen in der Textilindustrie durch verbindlich erklärte Schiedssprüche abgewürgt. Zur Zeit stehen noch in Bewegung die westpreussischen Textilarbeiter, die Bauarbeiter, die Krefelder Seidenweber und kleinere Gruppen in verschiedenen anderen Textillorten. Die Schlichtungsdiplomatie droht auch diesen Bewegungen. Der bisherige Verlauf der Textilarbeiterkämpfe hat den ganzen Kontext der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Schlichtungspolitik gezeigt. Das wird insbesondere deutlich sichtbar bei der Betrachtung der Kampfführung durch die DVB-Bureaucratie im ostfälischen Tarifkonflikt. Wir haben in einer Reihe von Aufsätzen das furchtbare Massengeld unter der ostfälischen Textilarbeiterchaft aufgezeigt. Selbst die sozialdemokratische Presse hat sich gewonnen, gegen den erbärmlichen Hungerstreik Stellung zu nehmen. Unter dem Druck der Opposition und der empörten Textilarbeiter mußte selbst die von den Reformisten beherrschte Funktärkonferenz des DVB, die am 20. Dezember in Neugersdorf tagte, scharfen Protest gegen die beachtliche und nunmehr auch von Wiffell ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung protestieren. Die Volksgemeinschaft für die Oberlausitz vom 21. Dezember veröffentlichte über diese Konferenz einen Bericht des Textilarbeiterverbandes, in dem es unter anderem heißt:

... Kein Mensch mit Sinn für die Wirklichkeit und Verantwortungsfähigkeit vermag die Verbindlichkeitsklärung mit Pohnähen zu begreifen, die nachgewiesenermaßen in vielen Fällen unter denen der öffentlichen Wohlfahrt bleiben.

Geliebt von der Sorge, daß den ostfälischen Textilarbeitern vom Reichsarbeitsministerium das gleiche Schicksal bereitet werden könne, erhoben die Funktäre in letzter Stunde ihre warnende Stimme.

Wir, das Elend des ostfälischen Textilproletariats kennt, nur nur mit Grauen die Möglichkeit ermögen, daß die Textilarbeiter für reichlich 16 Monate an die Hungerlähne des Schiedsspruches gebunden werden könnten...

Niemand verlangt vom Reichsarbeitsminister Hilfe, beide Parteien wollen frei sein. Kein Minister braucht sich zu bemühen. Die Drohung der Unternehmerverbände mit der Auspekerung wird von den Arbeitern nicht ernst genommen, nicht gefürchtet; sie werden ihr zu bezeugen wissen. Der Herr Arbeitsminister soll ruhig abwarten.

Jedenfalls ist es nicht seine Aufgabe, den kraftmeistenden Führern der Unternehmerverbände aus dem Schlamassel zu helfen. Die Diskussion über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches für Westfalen und die drohende Gefahr für Ostfalen lösten eine Erbitterung aus, von der man nur wünschen möchte, daß der Minister Ohnmacht und Hilfe...

Die Textilarbeiter wollen keine Bindung, sie wollen frei sein, frei, um sich aus ihrem Elend zu gegebener Zeit selbst zu erlösen. Sie haben genug gehungert, gearbeitet und geschuftet, sie schämen sich, trotz Arbeit mit weniger Existenzmitteln als die Wohlhabenslöhne ergeben, gelobt zu haben. Dieser Schiedsspruch müßte zu großer Verunruhigung in der Zukunft führen.

Herr Arbeitsminister, Hände weg vom Zwang der Textilarbeiter Ostfalens zum Hungerleben.

Die Konferenz beschloß einstimmig, folgende Entschließung dem Reichsarbeitsminister persönlich zu den Verhandlungen am 21. Dezember überreichen zu lassen:

Entschließung

Die am 20. Dezember 1928 im Rußbaum zu Neugersdorf verammelten, über 50 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen Ostfalens vertretenden Funktäre der Textilarbeitergewerkschaften verlangen und erwarten vom Reichsarbeitsminister auf das bestimmteste, daß der Schiedsspruch vom 6. Dezember 1928 nicht für verbindlich erklärt wird.

Der Schiedsspruch stellt eine einzige Ungeheuerlichkeit dar und würde das Vornelnd der Textilarbeiter Ostfalens auf unerblicklich lange Zeit hinaus zugunsten des Arbeitgebervertrums festlegen.

Links marschiert auf!

Der Konferenz des KPD zum Gruß

Von Bruno Goldhammer

Die diesjährige Konferenz des ostfälischen Bundes des Roten Frontkämpferbundes, die heute zusammentritt, findet im Zeichen einer sich steigernden Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze in Deutschland und in der gesamten kapitalistischen Welt statt. Zwei Symptome der Zuspitzung der Konflikte, der fortwährenden Zusammenhaltung des politischen Bündnisses treten gerade an der eben überschrittenen Grenze zwischen den Jahren 1928 und 1929 deutlich hervor:

Der verschärfte Unterdrückungsdruck des Dreihundes Kapital, Staat und Reformismus

gegen die Arbeiterschaft in den kapitalistischen Industrieändern einmal, und zweitens das Wachsen der Kriegsvorbereitungen aller imperialistischen Staaten, das wiederum verbunden ist mit Rebellionen und kriegerischen Zusammenstößen in kolonialen und halbkolonialen Ländern. Die Krise dieser Auslässe der kapitalistischen „Wiederaufbauarbeit“ nach Beendigung des blutigen Weltkonfliktes 1914-1918 liegt begründet in den Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaftsmethoden überhaupt und wird einerseits gekennzeichnet durch das Steigen der wirtschaftlichen und politischen Reaktion in den kapitalistischen Staaten, andererseits durch das rasche, scharfe Kampfe mit den Ueberresten kapitalistischer Wirtschaftseinheiten ausübende Wohlstand der sozialistischen Elemente in dem ersten Arbeiter- und Bauernstaaten-Rund, in der Sowjetunion. Der deutschen Arbeiterschaft wird dieses Steigen der Widersprüche besonders deutlich fühlbar gemacht durch die letzten großen Wirtschaftskämpfe, insbesondere in Hamburg und an der Ruhr. Diese Auseinandersetzungen zeigen klar

Die verschärfte Kampfmethoden des deutschen Unternehmertums,

das seinen, durch die kapitalistische Nationalisierung neu fundierten Imperialismus nicht durch Existenzforderungen der

Gerade deshalb holte sich die deutsche Bourgeoisie die Sozialdemokratie in die Regierung, gerade deshalb gehen die Reformisten in den Gewerkschaftsverbänden und Massenorganisationen mehr und mehr dazu über, jede, selbst die kleinste Kampfbewegung in den Arbeitermassen zu erlösen und sich dabei hinter die Massengefehle des kapitalistischen Staates zu verbergen.

So war es im Ruhrgebiet, wo nach anfänglich großen Tönen der SPD-„Staatsmänner“ gegen die Wiffel für der Unternehmer“ pflicht dieselben Staatsfunktionäre mit denselben Unternehmern den eigenen Spruch lautbrachten und eine Front gegen die Forderungen der Metallarbeiterverbände bezogen, und dann wiederum nach einigen Monaten die Verbandsführer die Forderungen ihrer Mitglieder fallen ließen, um sich mit dem nach verschlechterten Spruch des Staates und damit des Unternehmertums solidarisierten, um ihre Mitglieder im Interesse der kapitalistischen Profite wieder in die Betriebe zu treiben. So war es im ersten Hamburger Kampfe, wo sich die reformistische Bureaucratie nicht scheute, eigene Streikbrecherorgane zu bilden und Polizei gegen die Verbandsmittglieder zu setzen, und so ist es im nach 13 Wochen Kampf auf der Tagesordnung stehenden neuen Hamburger Schiedsspruch. Dasselbe Bild gewährt der Bericht auf Tarifänderung bei den Eisenbahnern, eine der schmachvollsten Produkte reformistischer „Strategie“.

Sehen wir so eine Verschärfung der Kampfmethoden des Unternehmertums, ein offenes Kapitullieren des Reformismus, das Vorziehen der Reaktion auf wirtschaftspolitischen Gebiet, so sind jedoch auch sichere und

unzweideutige Anzeichen einer fortschreitenden Radikalisierung

und Annäherung von...